



Jahresbericht 2025

Gewerkschaftsbund des Kantons Bern

Beim Mieten und Wohnen sind wir für Sie da!

Jetzt Mitglied werden



mvbern.ch/mitgliedschaft

Gewerkschaftsbund des Kantons Bern
Monbijoustrasse 61
3007 Bern

Redaktion und Gestaltung
Jacob-Johannes Rohde und Sekretariat GKB
Fotonachweise
Manu Friederich: Titelseite, 3, 4, 5, 8
Jacob-Johannes Rohde: 9
Unia Bern: 6
Titelfoto: ao. DV GKB in Bern

Vorwort Co-Präsidium

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Zum ersten Mal dürfen wir uns als Co-Präsidium im Jahresbericht des Gewerkschaftsbundes des Kantons Bern (GKB) an Euch wenden. Im März 2025 wurden wir an der Delegiertenversammlung des GKB in Thun gewählt und danken Euch für das Vertrauen.

Das Jahr 2025 war – nach dem Marathon-Abstimmungsjahr 2024 – für den GKB politisch etwas ruhiger. Dafür begann das Jahr mit einer traurigen Nachricht: unser langjähriger Mitstreiter und Geschäftsleitungsmitglied Adrian Flükiger verstarb völlig unerwartet am 3. Februar 2025. Kurz darauf wurde klar, dass der GKB zur DV eine neue Führung brauchen würde und wir stellten uns als bisherige Mitglieder der Geschäftsleitung mit grosser Motivation, Freude und Respekt dieser Aufgabe.

Wir stellten schnell fest, dass wir intern vor Herausforderungen stehen: Strukturen und Zusammenarbeit im kantonalen Bund und den regionalen Bünden müssen vor dem Hintergrund schwindender Ressourcen auf den Prüfstand gestellt werden. Wir wollen den Branchengewerkschaften einen echten Mehrwert als kantonale Dachorganisation bieten. Der Vorstand hat zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe eingesetzt und einen Strukturprozess ausgelöst, der im Sommer 2025 begonnen hat.

Aber wir schauen nicht nur auf uns selbst: die unberechenbare und rücksichtslose Zollpolitik der USA trifft die Schweizer Wirtschaft ebenso wie die schlechte Verfassung der europäischen Volkswirtschaften. Diese Krisen dürfen nicht als billiger Vorwand für den Angriff auf die Rechte der Arbeiter*innen in der Schweiz dienen. Ebenso wenig können wir die öffentliche Kürzungspolitik in Bund und Kanton mit verheerenden Auswirkungen für den Service Public und die Beschäftigten im öffentlichen Sektor hinnehmen. Wir positionieren uns weiterhin konsequent für einen ausgebauten und für Alle zugänglichen Service Public in allen Teilen des Kantons. Wir stehen ein für gute Löhne sowie faire und wirksam kontrollierte Arbeitsbedingungen, gerade in Anbetracht rüberischer Plattform-Modelle wie Uber und Co.



Stefan Wüthrich und Lirija Sejdi
Co-Präsidium GKB

Gleichzeitig wirft das Jahr 2026 bereits seine Schatten voraus: durch eine gewerkschaftliche Wahlkampagne wollen wir dazu beitragen, dass der Kanton Bern lebenswerter und sozialer für alle Kolleg*innen wird. Die bürgerliche Politik lanciert auf Bundesebene unzählige Angriffe auf die Rechte der Arbeiter*innen – sei es durch die rassistische Chaos-Initiative der SVP, Angriffe auf das Arbeitsgesetz und die Mindestlöhne, Liberalisierungen der Ladenöffnungszeiten oder den gnadenlosen Sparkurs im öffentlichen Sektor. Aufmerksam verfolgen wir auch die Diskussion und Entwicklung bei den Verträgen Bilaterale III und den Flankierenden Massnahmen.

Die Gewerkschaften als solidarische Kraft sind notwendiger denn je, in den Betrieben und in der Politik. Wir danken Euch sehr herzlich für Euren Einsatz und Euer Vertrauen.

A stylized handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Sejdi'.

Lirija Sejdi, Co-Präsidentin

A stylized handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Wüthrich'.

Stefan Wüthrich, Co-Präsident

Delegiertenversammlungen

Die Delegiertenversammlungen des GKB im Jahr 2025 wurden im März und im November durchgeführt. Zur ordentlichen Delegiertenversammlung im Frühjahr trafen sich die Delegierten im Thuner Hotel Aare (ehemals Freienhof), der erste Anlass des GKB seit dem aufwendigen Umbau des Hotels. Die Anwesenden wurden vom Co-Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Thun, Beat Haldimann (syndicom) sowie dem Präsidenten des Thuner Stadtrates, Thomas Lanz (Grüne), begrüsst. Thomas Gerber und Anna Tanner überbrachten Grussworte ihrer Kantonalparteien.

Im Vorfeld der Delegiertenversammlung hatten einige personelle Entwicklungen beim GKB stattgefunden. Bereits zum Jahresanfang hatte Co-Präsident Alain Zahler die Geschäftsleitung und den Vorstand informiert, dass er sein Amt aufgrund einer internen beruflichen Veränderung abgeben würde. Kurz darauf ereilte uns die Nachricht vom plötzlichen Tod unseres Kollegen und GL-Mitglieds Adrian Flükiger. Im Lichte ihrer Nomination für die nationale Geschäftsleitung der Gewerkschaft syndicom stellte auch Co-Präsidentin Teresa Matteo ihr Amt zur Verfügung. Daher war der statutarische Teil der Versammlung vor allem von den Neuwahlen des Präsidiums geprägt. Der langjährige Vize-Präsident Stefan Wüthrich (Unia) und das GL-Mitglied Lirija Sejdi (VPOD) hatten sich bereit erklärt, die Verantwortung im Co-Präsidium zu übernehmen. Die Delegierten liessen sich von der vielversprechenden Mischung von Gewerkschaften im öffentlichen und privaten Bereich, Gender, Alter und regionaler Verankerung überzeugen. Lirija und Stefan wurden einstimmig gewählt. Für den inhaltlichen Teil der Versammlung konnte der renommierte Demograph Henrik Budliger gewonnen werden. In einem sehr interessanten Vortrag zur Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz stellte er einige Gemeinplätze in Frage und warnte vor einer überalternden Schweiz im europäischen Wettbewerb um Arbeitskräfte. Besonders vor dem Hintergrund der fremdenfeindlichen Angstmacherei der SVP waren diese Einblicke sehr wertvoll und lösten eine engagierte Diskussion aus.

Die ausserordentliche Delegiertenversammlung im Herbst stand im Zeichen der kantonalen Wahlen im folgenden Frühjahr. Doch zunächst

stimmte Gabriela Medici, Co-Sekretariatsleiterin des SGB, die Anwesenden mit einem engagierten Referat zu den aktuellen Angriffen auf das Arbeitsgesetz auf stürmische Zeiten ein. Im Hotel Kreuz in Bern stellten sich daraufhin die rot-grünen Kandidat*innen für den Regierungsrat – Evi Allemann, Aline Trede, Hervé Gulotti und Reto Müller – den Delegierten vor und präsentierten ihre politischen Schwerpunkte. Die Delegierten hatten die Gelegenheit, die Kandidierenden zu ihren konkreten Plänen für einen lebenswerten Kanton Bern für Arbeitnehmende zu befragen. Daraufhin unterzeichneten die Kandidat*innen eine Vereinbarung in Gestalt einer «Politischen Plattform» mit dem GKB. Diese soll in der kommenden Legislatur die gemeinsame Arbeit an guten Arbeitsbedingungen, einem starken Service public und gerechter Wirtschafts- und Sozialpolitik prägen. Ein weiteres Highlight der Versammlung war die Nomination der gewerkschaftlichen Spitzenkandidat*innen für den Grossen Rat. Die regionalen Gewerkschaftsbünde hatten zuvor für ihre Wahlkreise engagierte Kolleg*innen aufgestellt, von denen zahlreiche nun persönlich die Nomination durch die DV entgegennahmen.



Gabriela Medici Co-Sekretariatsleiterin SGB

GKB 2027: Strukturprozess

Das neue Co-Präsidium verständigte sich bereits bald nach Amtsantritt mit dem Sekretariat über die Tatsache, dass die aktuellen Strukturen des GKB auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Sinkende Mitgliederzahlen bei den Branchengewerkschaften bedeuten auch einen Ressourcenverlust beim GKB. Die Stellenprozente im Sekretariat wurden bereits mit der Pensionierung von Sandra Ruprecht im Jahr 2024 reduziert. Für das Jahr 2027 wird mit dem Renteneintritt von Franziska Flückiger ein weiterer Einschnitt im Sekretariat absehbar.

Das Aufgabenportfolio des GKB ist momentan sehr breit aufgestellt. Von der politischen Interessenvertretung bis zur Organisation von Kampagnen, der Koordination der regionalen Bünde bis zur Betreuung von Mandaten: mit wenigen Mitteln werden viele Leistungen abgedeckt. Die schrumpfenden personellen und finanziellen Ressourcen machen eine Schärfung des Profils notwendig. Gleichzeitig bleibt es das Ziel, nicht nur nach dem Feuerwehr-Prinzip an vielen Fronten zu reagieren, sondern als GKB klar zu agieren und den Mitgliedsverbänden und ihren Sektionen einen Mehrwert zu bieten.

Daher trat das Co-Präsidium nach vorheriger Diskussion in der GL anlässlich der Retraite im August an den Vorstand mit dem Antrag heran, einen Strukturprozess auszulösen. Der Vorstand diskutierte in diesem Zusammenhang Stärken

und Schwächen der aktuellen Strukturen und unterstützte in der Folge den Antrag des Co-Präsidiums. Die Geschäftsleitung erhielt die Kompetenz, eine Arbeitsgruppe zu konstituieren und im Rahmen eines bescheidenen Kostendachs externe Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Die Arbeitsgruppe, bestehend aus den Kolleg*innen Wüthrich, Sejdi, Kummer (alle GL) sowie Balli, Bolettieri und Funicello (alle Vorstand) nahm unter Beteiligung des Sekretärs im September ihre Arbeit auf. In einem ersten Workshop mit externer Beratung durch die Firma B'VM wurde eine Stakeholder-Umfrage konzipiert und im November und Dezember durchgeführt. Ca. 80 Basis-Mitglieder, Funktionär*innen und dem GKB nahestehende Personen beteiligten sich und gaben der Arbeitsgruppe ein erstes Bild zu Prioritäten, Stärken, Schwächen und dem Mehrwert des GKB.

Auf der Basis der Umfrage fand Anfang 2026 ein zweiter begleiteter Workshop statt, der den Zweck und möglichen weiteren Leistungskatalog des GKB ins Zentrum stellte. Diese Ergebnisse sollen im weiteren Jahresverlauf zunächst mit den Branchengewerkschaften und an der Vorstandsretraite im Sommer diskutiert werden. In der Folge können Co-Präsidium, Sekretariat, Vorstand und Delegierte die Weichen für einen GKB mit einem klaren Profil und Mehrwert nach innen und aussen stellen.



Gewerkschaftskandidatinnen und -kandidaten für den Grossrat Nomination an der ao. DV des GKB im November 2025

Rückblick Erfolg Ladenöffnungszeiten

Auch im Jahr 2025 beschäftigte das ewig gleiche Rezept der Wirtschaftsverbände wieder den GKB: alle strukturellen Probleme des Detailhandels sollen auf dem Buckel der Beschäftigten gelöst werden. Der seit Dezember 2023 laufende Pilotversuch des Regierungsrats mit längeren Öffnungszeiten am Samstag in der Berner Innenstadt wurde vom GKB und der zuständigen Unia sehr kritisch begleitet. Die Unia hatte bereits wenige Monate nach Start des Versuchs eine Petition mit mehreren tausend Unterschriften eingereicht und den Unmut der Beschäftigten klar dokumentiert. Während der GKB das Thema im Rahmen der kantonalen Sozialpartnergespräche weiter verfolgte, blieb die Unia auf dem Terrain aktiv.

dieser Kolleg*innen erhielt keine Entschädigung dafür. Der GKB brachte diese Ergebnisse in die Diskussion ein und wartete auf die Ergebnisse der Befragung durch den Kanton.

Sobald die Ergebnisse der Umfrage im Auftrag des Kantons vorlagen, war das Schicksal des Pilotversuchs besiegelt: trotz zweifelhafter Ausgangslage zeichnete sich ein klares Bild ab. Auf Seiten der Unternehmen beurteilten zwei Drittel der Befragten die Ausweitung der Öffnungszeiten neutral oder negativ. Die befragten Beschäftigten – darunter ca. 80% Frauen – lehnten die Mehrarbeit am Samstag mit überwältigender Mehrheit



Kolleginnen und Kollegen der Unia im Kampf gegen längere Ladenöffnungszeiten

Der Kanton Bern gab zur Evaluation des Pilotversuchs eine Befragung bei einem externen Institut in Auftrag. Auf die Unterstützung der Gewerkschaften konnte diese Befragung nicht zählen, da die Methodik einen Ausschluss von Beschäftigten in den Läden zugunsten von kaufmännischem Personal und Administration sowie Einflussnahme der Arbeitgebenden befürchtete. Die Unia führte daher eine eigene Befragung mit über 400 betroffenen Beschäftigten durch und kam zu klaren Ergebnissen. Von der Ausweitung der samstäglichen Öffnungszeiten profitieren nur grosse Unternehmen und die Auswirkungen auf das Privatleben der Beschäftigten sind verheerend. Rund ein Drittel der Befragten gab an, wegen des Pilotversuchs Mehrarbeit leisten zu müssen und eine grosse Mehrheit

von ca. 85% rundheraus ab. Vor dem Hintergrund dieser empirischen Lage blieb dem Regierungsrat nicht viel anderes als der Rückzug. Im August 2025 musste die Volkswirtschaftsdirektion kommunizieren, dass auch dieser Anlauf für eine einseitige Liberalisierung ohne Gegenleistung gescheitert war und der Pilotversuch Ende 2025 auslaufen würde. GKB und Unia nahmen dies mit Freude zur Kenntnis und sind vorbereitet: denn der nächste Angriff auf die Beschäftigten im Detailhandel kommt bestimmt.

Taxigesetz

Das aggressive Lobbying von Uber in der Schweiz für ihr ausbeuterisches Plattformmodell zeigt auch im Kanton Bern Wirkung. Nach einer auf die Bedürfnisse von Uber und Co. zugeschnittenen Motion rechtsbürgerlicher Kräfte im Grossen Rat hatte die Sicherheitsdirektion eine Liberalisierungs-Vorlage entworfen. Das Taxigesetz sollte um eine neue Kategorie von «Limousinendiensten» erweitert werden, welche lediglich einer voraussetzungslosen Meldepflicht bei der Kantonspolizei unterlägen. Gleichzeitig sollten die Bewilligungspflichten für Taxis angepasst werden.

Der GKB äusserte sich im Rahmen der Vernehmlassung sehr kritisch zur Gesetzesvorlage. Das Geschäftsmodell von Uber, Bolt und ihrer Konkurrenz beutet die wirtschaftliche Abhängigkeit der Fahrer*innen aus, setzt Anreize für Schwarzarbeit und basiert auf illegaler Scheinselbstständigkeit der Auftragnehmenden. Diese Tatsachen wurden in der Schweiz durch mehrere Gerichtsurteile in den letzten 10 Jahren bestätigt. Der GKB forderte in der Vernehmlassung konsequenterweise die Streichung der bewilligungsfreien Limousinendienste und die Beibehaltung der Standards für das Taxigewerbe.

Vor der ersten Lesung des Gesetzes im Grossen Rat hatte der GKB die Gelegenheit, den Standpunkt der Gewerkschaften in der Sicherheitskommission des Grossen Rates vorzubringen. Dies mit erheblichem Erfolg: sowohl die Kommission als auch der Regierungsrat sprachen sich vor der ersten Lesung für eine Beibehaltung der Bewilligungspflicht.

Leider zeigte sich wie so oft, dass die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat keinen sachpolitischen oder rechtsstaatlichen Überlegungen folgt: die Vorlage wurde in die Kommission zurückgewiesen – zwar mit einer Bewilligungspflicht, aber ohne den zentralen Schutzmechanismus vor Schein-Selbstständigkeit und Umgehung von Sozialversicherungspflichten.

Das Modell Uber basiert auf der systematischen Umgehung von Arbeitgeberpflichten und der Selbstausbeutung der Fahrer*innen. Es ist ein arbeitsmarktpolitisches No-Go und ein sicherheitspolitisches Risiko. Der Grosse Rat hat das reformierte Taxigesetz Anfang 2026 trotzdem verabschiedet und damit illegalen Geschäftspraktiken der Grosskonzerne auch im Kanton Bern den roten Teppich ausgerollt. Der GKB wird sich auch in Zukunft nach besten Kräften gegen diese Auftragspolitik wehren.



Kolleginnen und Kollegen in Genf protestieren bereits seit Jahren gegen Uber

Kantonale und lokale Politik

Konsultation Langzeitpflege

In mehreren Teilen legte die Gesundheits- und Sozialdirektion des Kantons Bern (GSI) im letzten Jahr die neue kantonale Gesundheitsstrategie vor. Zur Teilstrategie Langzeitpflege äusserte sich der GKB in Abstimmung mit den Gewerkschaften Unia und VPOD. Gerade im Bereich der Langzeitpflege sind die Arbeitsbedingungen prekär und die Auswirkungen der strategischen Entscheidungen auf die alternde Bevölkerung enorm. Der GKB begrüsst im Rahmen der Konsultation die Eröffnung vieler wichtiger Fragen durch die GSI, kritisiert jedoch die mangelhaften Antworten.

Im Bereich der Ambulantisierung der Pflege ist die notwendige unterstützende Rolle des Kantons beim Aufbau von Versorgungsnetzwerken sehr unklar. In Bezug auf die Arbeitsbedingungen und den Fachkräftemangel wird die Verantwortung vollkommen zu den Leistungserbringern verschoben. Vor dem Hintergrund von Kostendruck und defizitären Leistungsverträgen mit dem Kanton wird diese Strategie kaum zu einem attraktiveren Beruf oder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen führen. Ein klares Bekenntnis des Kantons zur Ausfinanzierung tragbarer Arbeitsbedingungen fehlt vollkommen.

Bürgerliche Sparpolitik

Die bürgerliche Obsession mit Steuersenkungen hat ihren Preis. Im Service public muss gespart werden, es wurde ein ausuferndes Sparpaket bei den Investitionen des Kantons verabschiedet. Der Grosse Rat schoss im Laufe des Jahres sogar mehrfach über die bereits restriktiven Vorschläge des Regierungsrates hinaus. So wurden Streichungen bei den Investitionen um mehrere hundert Millionen Franken ausgeweitet. Und ein noch direkterer Angriff auf die Arbeitsbedingungen unserer Kolleg*innen im öffentlichen Sektor folgte: eine vom Regierungsrat vorgeschlagene minimale Lohnerhöhung von 0.3% über die Teuerung hinaus wurde vom Grossen Rat gestrichen. So wird die Qualität im Service public systematisch geschwächt, insbesondere im Bildungsbereich verliert der Kanton wertvolle Fachkräfte an die Nachbarkantone.

Stimmrecht auf Gemeindeebene

Gegen Ende des Jahres folgte eine gute Nachricht. Der Regierungsrat hat eine Vorlage präsentiert, welche den Gemeinden die Einführung des Stimmrechts für Ausländer*innen ermöglicht. Genau dieses Anliegen hatte der GKB bereits vor einigen Jahren mit seiner Initiative «Zäme läbe – zäme schtimme» vor das Volk gebracht. Der GKB wird den neuen Anlauf für diesen längst überfälligen Schritt in jedem Fall unterstützen.



Vorreiter: GKB bereits im Jahr 2008 im Einsatz für das Stimmrecht auf Gemeindeebene.

Fachtagung Arbeitsgericht

Am 7. November 2025 fand im Berner Schwellenmätteli die alljährlich gemeinsam mit dem Verband der Berner Arbeitgeber organisierte arbeitsgerichtliche Tagung für Fachrichter*innen im Kanton Bern statt. Der Weiterbildungstag wurde erneut sehr gut besucht. Im Plenum fanden sich zahlreiche Fachrichter*innen von Regionalgerichten und Schlichtungsbehörden – sowohl von Arbeitnehmenden- als auch Arbeitgebenden-seite – ein.

Die Teilnehmenden erwartete ein thematisch dichter und hochaktueller Vormittag. Die Rechtsanwältin Martina Arioli, eine der führenden Expertinnen im Bereich Künstlicher Intelligenz und IT-Recht in der Schweiz, führte durch den ersten Teil der Tagung. Zunächst gab Frau Arioli den Fachrichter*innen einen Überblick über den Stand der gesetzlichen Regulierung von KI in der Europäischen Union und in der Schweiz. Besonders interessant waren die Risikoklassen und verbotenen Einsätze von KI im Arbeitsumfeld, welche zunehmend relevanter im Arbeitsrecht werden.

Auf der konkreteren Ebene beleuchtete die Referentin KI im Arbeitsverhältnis und identifizierte Handlungsbedarf und Regulierungslücken. Für den offensichtlichen Digitalisierungsschub in der Arbeitswelt besteht eine komplexe Mischung an Rechtsquellen. Das neue Datenschutzgesetz ver-

schärft die Informationspflichten gegenüber den Mitarbeitenden, was die Verarbeitung personenbezogener Daten betrifft. Die Mitarbeitenden müssen im Bereich des Gesundheitsschutzes vor Überwachung und Kontrolle geschützt sein und ihnen sollten Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Zuletzt beleuchtete Frau Arioli die rechtlich problematischen Konsequenzen von «people analytics» zur Evaluation und Führung von Mitarbeitenden. In der Diskussion mit den Teilnehmenden wurde klar, dass Mitarbeitende und auch die Fachrichter*innen an den Gerichten und Schlichtungsbehörden dazu aufgefordert sind, beim Einsatz von KI in Unternehmen genau hinzuschauen.

Den praktischen Teil der Tagung mit neuen Urteilen des Bundesgerichts wurde wie im letzten Jahr erfolgreich und lebhaft von Patrizia Lorenzi (valfor) und Thomas Tribolet (advocomplex) besprochen. Anhand der Anwendungsfälle und Urteile konnten die Teilnehmenden ihre arbeitsrechtlichen Kenntnisse auf den neuesten Stand bringen.

Der sozialpartnerschaftliche Anlass, der sowohl in den Pausen als auch beim gemeinsamen Mittagessen viel Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch bietet, war wieder ein voller Erfolg. Er wird im kommenden Jahr die nächste Auflage erfahren.



Martina Arioli, Rechtsanwältin gibt einen Überblick in die gesetzliche Regulierung von KI

Arbeitsmarkt Kanton Bern

Kantonale Arbeitsmarktkommission (KAMKO)

Personelles

Per 01.06.2025 wurde neu Frau Jasmin Waldvogel vom Handels- und Industrieverein des Kantons Bern (HIV) neu in die KAMKO gewählt. Sie ersetzt die bisherige Vertreterin des HIV Kanton Bern, Frau Sybille Plüss-Zürcher. Per 01.06.2025 amtet neu Herr Christoph Düby als Mitglied der KAMKO (bisher Beisitzer). Frau Rahel Frey übernimmt die Funktion als Beisitzerin. Beide vertreten die Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern. Per 01.07.2025 wurde Herr Fabio Iseini von Travail.Suisse neu in die KAMKO gewählt. Er ersetzt den bisherigen Vertreter von Travail.Suisse, Herr Christopher McHale. Herr Daniel Heizmann von Union syndicale du Jura bernois hat per 31.12.2025 demissioniert.

Schwerpunkte im Jahr 2025

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der KAMKO lag im Berichtsjahr bei der Arbeitsmarktbeobachtung, insbesondere in den Fokusbranchen Baugewerbe/ Baunebengewerbe, Hauswirtschaft und Maschinenbau. Turnusgemäss wurden im Jahr 2025 die von der KAMKO definierten und bereits bestehenden Lohnschwellen aktualisiert und angepasst.

Behandlung überwiesener Fälle

Die KAMKO führte im Jahr 2025 in 19 Fällen Verständigungsverfahren durch, da sie eine missbräuchliche Unterbietung der orts- und branchenüblichen Löhne vermutete. Die Verständigungsverfahren wurden durch das Sekretariat der KAMKO durchgeführt. Die Fälle stammen aus den Branchen Baunebengewerbe, Maschinenbau, Treuhand, Informatik, Gärtnergewerbe sowie Event- und Messebau. Die KAMKO hat auf Antrag des geschäftsführenden Ausschusses in 12 Fällen auf Missbrauch bei den orts- und branchenüblichen Löhnen entschieden.

Anträge und Genehmigungen

Februar:

Die KAMKO genehmigt ihren Jahresbericht 2024. Die Kontrollzahlen zum Entsendegesetz und der Schwarzarbeit werden für das Jahr 2025 festgelegt und die Fokusbranchen 2026 bestimmt. Die KAMKO entscheidet in einem Fall auf missbräuchliche Unterbietung der orts- und branchenüblichen Löhne. Die KAMKO stimmt den Anpassungen der bestehenden Lohnschwellen zu. Zusätzlich entscheidet sie, dass die Überarbeitung zukünftig alle zwei Jahren erfolgen soll.

Mai:

Die KAMKO nimmt Kenntnis vom Bericht Arbeitsmarktliche Massnahmen AMM. Die KAMKO entscheidet in drei Fällen auf missbräuchliche Unterbietung der orts- und branchenüblichen Löhne.

September:

Die KAMKO entscheidet in vier Fällen auf missbräuchliche Unterbietung der orts- und branchenüblichen Löhne.

November:

Die KAMKO entscheidet in vier Fällen auf missbräuchliche Unterbietung der orts- und branchenüblichen Löhne. Die KAMKO nimmt Kenntnis davon, dass das SECO im Bereich Arbeitsmarktaufsicht aktuell ein Audit im Kanton Bern durchführt. Hierfür wurden auch diverse KAMKO-Vertreter befragt.

Die KAMKO legt die Sitzungsdaten für 2026 fest.

Arbeitsmarktkontrolle Bern (AMKBE)

Schwerpunkte im Jahr 2025

Im Jahr 2025 setzte die AMKBE ihren Fokus konsequent auf die Sicherstellung fairer Arbeitsbedingungen und eines transparenten Wettbewerbs im Kanton Bern. Die Kontrollen konnten weiter intensiviert und die Zusammenarbeit mit Mitgliedern und Partnerorganisationen gestärkt werden. Ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit war auch der Dialog mit Branchenvertretungen. So fand 2025 ein Treffen mit der PBK Bauhauptgewerbe Bern, RPBK Schreiner, RPBK Maler-Gipser und dem Berner Bauernverband statt. Diese Gespräche werden wir auch 2026 weiterführen und ausbauen.

Austausch und Vernetzung

Am 3. Juni 2025 nahmen Vertreterinnen und Vertreter der AMKBE an der Veranstaltung der SociétéSuisse des entrepreneurs, section Jura bernois (SSE-JB), in Sonceboz teil. Der offene und konstruktive Austausch ermöglichte es, die Zuständigkeiten und Aufgaben der AMKBE darzulegen und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Organisation und Gremien

Die Delegiertenversammlung fand am 22. Mai 2025 im Kursaal Bern statt. Neben den statutarischen Geschäften waren zwei neue Mitglieder des Verwaltungsvorstands und ein neuer Vizepräsident zu wählen. Verabschiedet wurden Corrado Pardini als langjähriges Mitglied des Verwaltungsvorstands, Präsident und Vizepräsident, sowie Alain Zahler. Ihnen gebührt grosser Dank für ihr langjähriges und wertvolles Engagement zugunsten der AMKBE.

Gleichzeitig durften wir Rébecca Lena-Cristofaro und Giuseppe Reo, der zum Vizepräsidenten gewählt wurde, als neue Mitglieder im Verwaltungsvorstand willkommen heissen. Wir wünschen ihnen viel Freude und Erfolg in ihrer neuen Funktion.

Die Mitgliederversammlung der Arbeitsmarktkontrolle des Kantons Bern (AMKBE) fand am 4. September 2025 im Stadion Wankdorf statt. Ein Schwerpunkt der Versammlung lag auf den Informationen des Präsidenten über die Entwicklung der AMKBE seit 2023: Nach einer schwierigen Reorganisationsphase mit hoher Personalfluktuationsrate wurde 2024 weitgehend Stabilität erreicht. Für 2025 wurden insbesondere die gestärkte Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und den Paritätischen Kommissionen sowie das professionell aufgestellte, und motivierte Team hervorgehoben. Die Versammlung genehmigte das Protokoll der Mitgliederversammlung 2023 und nahm Kenntnis vom Jahresbericht 2024, dem Jahresabschluss 2024 (kleiner Verlust, gesunde Liquidität) sowie vom Budget 2025, das insbesondere höhere IT-Investitionen (Baticontrol) vorsah. Die Einführung von Baticontrol ab 2026 wurde – vorbehaltlich der Datenschutzfreigabe durch den Kanton – in Aussicht gestellt. Weitere Themen waren ISAB / Workcontrol, die Situation im Berner Jura mit klar definierten Verbesserungsmassnahmen (Kommunikation, Präsenz, regionale Planung), Ersatzwahlen von Delegierten, die Beibehaltung des Mitgliederbeitrags 2026 sowie eine Diskussionsrunde zum Erfahrungsaustausch.

Kontrolltätigkeit 2025 – Zielerreichung

Das Inspektorenteam hat im Jahr 2025 mit Unterstützung des Sekretariates insgesamt 3592 Arbeitsmarktkontrollen durchgeführt. Davon entfielen 1751 Kontrollen auf den Bereich nicht allgemein verbindlicher Gesamtarbeitsverträge (= 100,1% des Jahressolls; Vorjahr 85,2%), 921 Kontrollen auf den Bereich allg. verbindlicher Gesamtarbeitsverträge (= 67,1% des Jahressolls; Vorjahr 60,8%) und 920 Kontrollen auf die Bekämpfung der Schwarzarbeit (= 108,2% des Jahressolls; Vorjahr 80,0%).

Rechnung 2025 / Budget 2026

Ertrag	Rechnung 2025	Budget 2025	Budget 2026
Mitgliederbeiträge	131'717.75	133'000.00	131'000.00
SGB Beiträge assoziierte Mitglieder	4'546.00	4'000.00	3'700.00
SGB Beitrag für Zweisprachigkeit	3'000.00	3'000.00	3'000.00
Dienstleistungen FAK	75'905.08	75'000.00	75'000.00
Dienstleistungen RGBs	65'285.00	65'500.00	60'500.00
Wahlen	0.00	0.00	40'000.00
Delegiertenversammlungen	5'380.00	7'000.00	5'000.00
Seminare	6'060.00	7'500.00	7'500.00
Übrige Erträge	2'279.00	1'400.00	1'400.00
Auflösungen Rückstellungen	10'000.00	10'000.00	20'000.00
Zinsertrag	3'008.40	800.00	400.00
Total Ertrag	307'181.23	307'200.00	347'500.00

Aufwand	Rechnung 2025	Budget 2025	Budget 2026
Aufwand - Aktivitäten			
Delegiertenversammlungen	12'736.40	12'000.00	10'000.00
Vorstand und Geschäftsleitung	21'066.00	22'000.00	20'000.00
Delegationen / Jahresbericht	926.60	1'600.00	1'600.00
Organisationsentwicklung	2'594.40	0.00	10'000.00
Aktionen / Kampagnen	750.00	6'000.00	6'000.00
Wahlen		0.00	60'000.00
Übersetzungen / Rechtsauskunft	500.00	1'000.00	1'000.00
Beitrag an GBLS f. Zweisprachigkeit	1'500.00	1'500.00	1'500.00
Jahresbeiträge / Spenden	2'470.00	2'500.00	2'500.00
Abonnemente / Diverses	654.00	600.00	600.00
Arbeitsgerichtliche Tagung	7'468.80	7'000.00	7'000.00
Paritätische Kommission	3'539.95	3'000.00	3'500.00
Total Aufwand - Aktivitäten	54'206.15	57'200.00	123'700.00
Aufwand - Personal			
Löhne	149'344.00	149'500.00	151'000.00
Sozialversicherungen	37'413.35	37'000.00	38'000.00
Zulagen / Spesen	3'960.00	5'000.00	4'000.00
Diverse Personalkosten	5'178.45	8'000.00	5'000.00
Total Aufwand - Personal	195'895.80	199'500.00	198'000.00
Aufwand - Verwaltung			
Miete / Unterhalt	25'467.35	29'400.00	14'000.00
Versicherungen	825.30	900.00	900.00
Büromaterial / Drucksachen / Porti	3'418.71	5'000.00	4'000.00
Telefon / Internet / EDV	3'713.70	3'500.00	4'000.00
Steueraufwand	581.95	300.00	500.00
Spesen / Gebühren	258.91	300.00	300.00
Sonstiger Aufwand		500.00	500.00
Rückstellungen	20'000.00	10'000.00	0.00
Total Aufwand - Verwaltung	54'265.92	49'900.00	24'200.00
Total Aufwand	304'367.87	306'600.00	345'900.00
Einnahmen-/Ausgabenüberschuss	2'813.36	600.00	1'600.00

Bilanz 2025

Aktiven	Rechnung 2025
Kasse	29.60
Postkonto	83'083.61
Bank Cler	5'145.47
Debitoren	20'579.75
Transitorische Aktiven	72'870.58
Verrechnungssteuer	2'525.88
Aktien Schweizer Zucker AG	28.00
Aktie Gemeinschaftsradio "RaBe"	1.00
Aktien UDB	4.00
Aktien Freienhof Thun AG	4.00
Anteilsschein BETAX	1.00
Anteilsscheine BE-TECH	1.00
Anteilsscheine SRG	1.00
Anteilsscheine Gründerzentrum Bern	1.00
Total Aktiven	184'275.89

Passiven	Rechnung 2025
Kreditoren	1'097.00
Transitorische Passiven	22'404.00
Rückstellungen Aktionen / Wahlen	74'000.00
Rückstellungen Lohnkosten Übergang	0.00
Organisationsentwicklung	10'000.00
Rückstellungen EDV	10'000.00
Gewerkschaftsfonds (Vermögen)	63'961.53
Einnahmen- / Ausgabenüberschuss	2'813.36
Total Passiven	184'275.89

Bericht der Revision

Wir haben die Buchhaltung des Gewerkschaftsbundes des Kantons Bern (GKB) einer gründlichen Prüfung unterzogen: Die Betriebsrechnung 2025 schliesst mit einem Einnahmenüberschuss von 2'813.36 Franken ab.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Aktiven sind vorhanden. Anhand zahlreicher Kontrollen konnten wir uns von der einwandfreien Buchführung überzeugen.

Wir beantragen Ihnen, die vorgelegte Rechnung per 31. Dezember 2025 zu genehmigen und den Verantwortlichen den Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Bern, 23.3.2026

Die RevisorInnen: Corinne Staub, Aroldo Cambi

Mandate

Kantonale Arbeitsmarktkommission KAMKO	Stefan Wüthrich (Präsident), Angela Zihler, Daniel Heizmann
Arbeitsmarktkontrollverein AMKBE	Rébecca Lena-Cristofaro, Giuseppe Reo,
Volkswirtschaftskommission VWK	Lirija Sejdi, Stefan Wüthrich Ersatz: Jacob-Johannes Rohde
Kantonale Fachkommission Gleichstellung	Leena Schmitter
Kant. Integrations-Kommission	Jesus Fernandez
Berufsbildungsrat	Michael Bolettieri, Lirija Sejdi
Berufsmaturitätskommission	Michael Bolettieri
Schulrat Techn.Fachschule Bern	Patrick Kummer
FachrichterInnen Arbeitsrecht	
Gleichstellung	Michael Buletti, Teresa Dos Santos Lima-Matteo, Fabio Wihler, Livia Wittwer
Bern – Mittelland	
Regionalgericht	Michel Berger, Rithy Chheng, Ursula Hirt, Andreas Keller, Patrick Kummer, Robert Schwitter, Margareta Sommer
Schlichtungsbehörde	Peter Anliker, Beat Bannwart, Teresa Dos Santos Lima-Matteo, Kaspar Koch, Andreas Moser, Sabine Szabo
Berner Jura – Seeland	
Regionalgericht	Marc Arnold, Daniel Heizmann, Olivier Maître, Corrado Pardini, Heinz Suter-Bettler, Bruno Zaffino
Schlichtungsbehörde	Berthold Büscher, Jesus Fernandez, Hansjörg Hugli, Alain Zahler
Emmental – Oberaargau	
Regionalgericht	Florian Haldemann, Walter Kindler, Corinne Staub
Schlichtungsbehörde	Marcel Ernst, Theres Hänzi
Berner Oberland	
Regionalgericht	Ursula Hirt, Martin von Allmen
Schlichtungsbehörde	Michael Buletti, Marcel Ernst, Rahel Gimmel, Hans Stähli, Bettina Stüssi, Johannes Wartenweiler
Einigungsamt	Präsidium: Danielle Schwendener Mitglieder: Corrado Pardini, Daniel Heizmann, Teresa Dos Santos Lima-Matteo
SAH Bern, Vorstand	Michael Bolettieri
Monbijou 61 Immobilien AG, Verwaltungsrat	Jacob-Johannes Rohde

Gremien

Geschäftsleitung

Lirija Sejdi	Co-Präsidentin	VPOD
Stefan Wüthrich	Co-Präsident	Unia
Patrick Kummer	Mitglied	SEV

Vorstand

Dorette Balli	GBO	Unia	Beat Jurt	GSB	SEV
Paul Bayard	GBO	Unia	Ruedi Lüthi		PVB
Michael Bolettieri	BBR, SAH, KBMK	Syndicom	Andreas Moser	Sachverständiger	Unia / SEV
Samuel Burri	GSB	Unia	Manfred Schaffer	GBE	SEV
Jesus Fernandez	GBLS	Unia	Trösch Béatrice	GBO	Syndicom
Tamara Funicello	Sachverständige	Unia	Hanspeter Von Bergen	GBeO	VPOD
Stefanie Fürst	GBLS	SEV	Marianne Wälchli		SMPV
Beat Haldimann	GBT	Syndicom	Fabio Wihler	GBE	Syndicom
Roland Heierli	GBeO	Unia	Angela Zihler	Kamko	VPOD
Daniel Heizmann	KAMKO	Unia			

Revision

Aroldo Cambi	SEV
Mario Miserre	VPOD
Corinne Staub	Unia

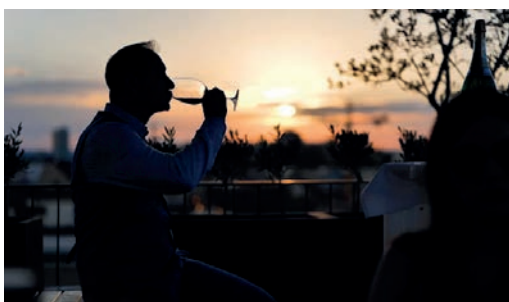
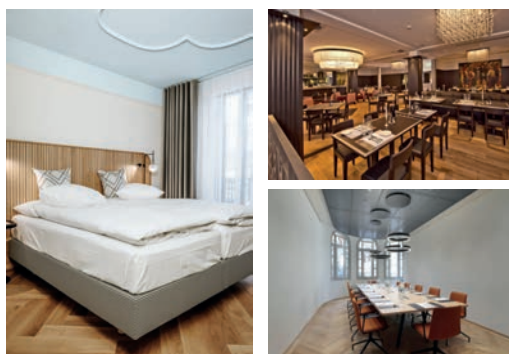
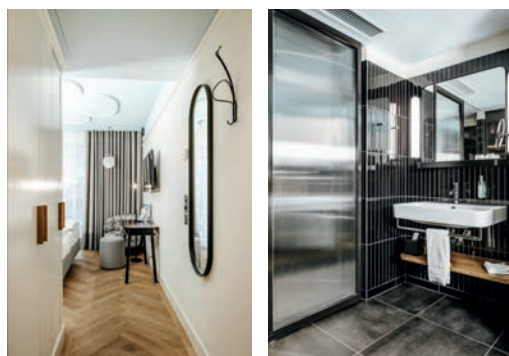
Mitgliederzahlen 2025

Verband	2025	2024	2023	2022	2021
Unia	17 453	18 549	18 996	19 709	21 071
Syndicom	5 412	5 760	5 932	6 083	6 220
SEV	3 782	4 079	4 318	4 493	3 973
VPOD	3 639	3 429	3 562	3 867	3 792
PVB	3 055	3 197	3 348	3 551	3 682
Garanto	125	179	164	188	188
SMV	202	218	172	174	208
SSM	76	102	103	105	105
Total	33 744	35 373	36 595	38 170	39 239



Das Best Western Plus Hotel Bern besticht durch seine hervorragende Lage direkt im Zentrum der Altstadt, fünf Minuten vom Hauptbahnhof und in Spaziernähe von den historischen Sehenswürdigkeiten wie der Zytglogge und das Bundeshaus.

Mit 116 modernen und klimatisierten Zimmern, 7 hellen Seminarräumen, hoteleigenem Restaurant Volkshaus 1914 sowie die Attika Rooftop Bar 566 Meter über den Dächern von Bern, ist das Hotel Bern die ideale Unterkunft für Ihren nächsten Aufenthalt in der Bundesstadt Bern.



ATTIKA
Bar & Lounge

VOLKSHAUS
1914
RESTAURANT | BAR

Best Western Plus Hotel Bern | Zeughausgasse 9 | 3011 Bern
Tel: +41 (0) 31 329 22 22 | reception@hotelbern.ch | www.hotelbern.ch

BW Best Western **PLUS**